Synopsis

Alt	Neu (Die Änderungen sind unterstrichen)
Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in der Fassung des V. Nachtrages	VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister
Aufgrund des § 41 Gemeindeordnung NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) und Art. VII des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung vom 17.05.1994 (GV.NW. S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GV.NW. S. 762), hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seinen Sitzungen am 15.06.1999, 03.07.2001, 10.04.2003, 13.11.2003, 14.10.2004 und 26.10.2006 folgende Zuständigkeitsordnung beschlossen:	Aufgrund des § 41 Gemeindeordnung <u>NRW</u> in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) und Art. VII des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung vom 17.05.1994 (GV. NW. S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom <u>09.10.2007 (GV.NRW. S. 380 ff)</u> , hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seinen Sitzungen am 15.06.1999, 03.07.2001, 10.04.2003, 13.11.2003, 14.10.2004, 26.10.2006 und folgende Zuständigkeitsordnung beschlossen:
§ 1	§ 1
Allzuständigkeit des Rates	Allzuständigkeit des Rates
(1) Nach § 41 Abs. 1, S.1 GO NW ist der Rat der Stadt Bergisch Gladbach für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht durch die GO NW, die Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach, diese Zuständigkeitsordnung oder andere Rechtsvorschriften einem Ausschuss oder der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister übertragen sind.	(1) Nach § 41 Abs. 1, S.1 GO <u>NRW</u> ist der Rat der Stadt Bergisch Gladbach für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht durch die GO <u>NRW</u> , die Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach, diese Zuständigkeitsordnung oder andere Rechtsvorschriften einem Ausschuss oder der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister übertragen sind.
(2) Alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluß fassen soll, sind	(2) (keine Änderung)

vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeitsbereich fallen.	
(3) Der Rat überträgt gem. § 114 Abs. 2 GO NW die Beratung und Entscheidung in Angelegenheiten der städtischen Einrichtungen den zuständigen Fachausschüssen in ihrer Funktion als Werksausschüsse, soweit nicht aufgrund Gesetz oder sonstiger rechtlicher Regelung ein anderes Gemeindeorgan zuständig ist. Einzelheiten ergeben sich aus der Betriebsatzung für die jeweilige städtische Einrichtung.	(3) (keine Änderung)
(4) Der Rat behält sich bei den auf die Ausschüsse oder die Bürgermeisterin/den Bürgermeister übertragenen Aufgaben für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für den Einzelfall die Entscheidung vor.	(4) (keine Änderung)
§ 2	§ 2
Auftragswerte und Preise	Auftragswerte und Preise
Wenn nachfolgend von Auftragswerten oder Preisen die Rede ist, verstehen sich diese, soweit sie im Einzelfall noch nicht feststehen, als geschätzte Preise, in jedem Fall ohne Mehrwertsteuer und andere Nebenkosten.	(keine Änderung)
§ 3	§ 3
Umwelt- und Sozialverträglichkeitsklausel	Umwelt- und Sozialverträglichkeitsklausel
Bei Entscheidungen sind die Ziele der lokalen Agenda zu berücksichtigen.	(keine Änderung)

§ 4	§ 4
Ortsrechtliche Regelungen	Ortsrechtliche Regelungen
Die Ausschüsse beraten die ortsrechtlichen Regelungen, die im Zusammenhang mit ihren Aufgaben stehen.	(keine Änderung)
§ 5	§ 5
Hauptausschuss	Hauptausschuss
(1) Der Hauptausschuss nimmt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 Eig VO sowie nach Maßgabe der Betriebssatzung und der nachfolgenden Absätze die Aufgaben des Werksausschusses wahr.	§ 5 Absatz 1 wird ersatzlos gestrichen.
(2) Der Ausschuss berät	§ 5 Absatz 2 wird § 5 Absatz 1
1. Personalangelegenheiten, soweit nicht die Bürgermeisterin/der Bürgermeister zuständig ist,	1. (keine Änderung)
2. Angelegenheiten, in denen zuvor andere Fachausschüsse unterschiedliche Beschlußempfehlungen gefasst haben,	2. (keine Änderung)
3. Angelegenheiten, die nicht einem anderen Ausschuss zugewiesen sind,	3. (keine Änderung)
4. Einwohneranträge nach § 25 GO NW,	4. Einwohneranträge nach § 25 GO <u>NRW</u> ,
5. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nach § 26 GO NW,	5. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nach § 26 GO <u>NRW</u> ,
6. Grundsätze der Bereiche “Brandschutz” und "Rettungs-	6. (keine Änderung)

dienst",	
7. grundsätzliche Angelegenheiten des Ausländerbeirates.	7. grundsätzliche Angelegenheiten des <u>Integrationsbeirates</u> .
(3) Der Ausschuss entscheidet über	§ 5 Absatz 3 wird § 5 Absatz 2
<ol style="list-style-type: none"> 1. Stellungnahmen der Stadt zu Landes- und Regionalplanungen, soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist, 2. Zielsetzungen und Maßnahmen der Stadtentwicklung, 3. grundsätzliche Angelegenheiten der Verkehrsplanung, 4. grundsätzliche Angelegenheiten im Bereich des ÖPNV, 5. Grundsatzentscheidungen der Wirtschaftsförderung, 6. den Abschluss von Versicherungen für Ratsmitglieder und Ausschussmitglieder, 7. die Genehmigung von Dienstreisen von Ratsmitgliedern und Ausschussmitgliedern, 8. die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden, Organisationen und ähnlichen Einrichtungen, 9. die Benennung städtischer Straßen und Einrichtungen, 10. Angelegenheiten der Partnerschaft der Stadt Bergisch Gladbach mit anderen Städten, 	

11. persönliche Angelegenheiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters, die nach der GO NW oder anderen Rechtsvorschriften nicht dem Rat oder anderen Stellen zugewiesen sind	11. persönliche Angelegenheiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters, die nach der GO <u>NRW</u> oder anderen Rechtsvorschriften nicht dem Rat oder anderen Stellen zugewiesen sind
§ 6 Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	§ 6 Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO <u>NRW</u>
Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden entscheidet über die Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW.	Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden entscheidet über die Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO <u>NRW</u> .
§ 7 Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	§ 7 Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann
(1) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann setzt das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Frauen und Männern mit um und überprüft Maßnahmen der Stadt auf Geschlechtergerechtigkeit. Hiervon bleiben die Zuständigkeiten des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters unberührt.	(1) (keine Änderung)
(2) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann entscheidet über 1. Grundsatzfragen zur Frauenförderung und überwacht die Umsetzung des Frauenförderplanes, 2. Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauendiskriminierung und -unterdrückung,	(2) (keine Änderung)

3. die Aufstellung grundsätzlicher Programme zur Öffentlichkeitsarbeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern.	
(3) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann ist zuständig für Vorschläge an den Rat und andere Ausschüsse zur Koordinierung aller städtischen Initiativen und Maßnahmen, die die Lebensbereiche von Frauen betreffen.	(3) (keine Änderung)
(4) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann wird in Angelegenheiten anderer Ausschüsse so rechtzeitig gehört, wenn diese spezifische Interessen von Frauen und Mädchen betreffen, dass die Stellungnahme des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann in die Beratung einfließen kann. Er wirkt bei allen gleichstellungsrelevanten Vorhaben und Maßnahmen anderer Ausschüsse mit und überprüft sie hinsichtlich ihrer Geschlechtergerechtigkeit.	(4) (keine Änderung)
(5) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann schlägt die Finanzierung von Maßnahmen und Aktivitäten vor, die über die dem Frauenbüro/Gleichstellungsstelle bereitgestellten Haushaltsmittel hinausgehen.	(5) (keine Änderung)
§ 8	§ 8
Rechnungsprüfungsausschuss	Rechnungsprüfungsausschuss
Dem Ausschuss obliegt die Prüfung der Jahresrechnung. Er bedient sich hierbei des Rechnungsprüfungswesens.	(keine Änderung)
Er berät über die Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungswesens, die auf Prüfungsaufträgen des Rates oder der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters beruhen.	(keine Änderung)

§ 9	§ 9
Vergabeausschuss	Vergabeausschuss
Der Ausschuss entscheidet:	
1. über die Vergabe (Erteilung des Zuschlags) von Aufträgen nach der VOB, VOL und VOF, wenn der Auftragswert 100.000 EURO überschreitet,	(keine Änderung)
2. über Nachaufträge zu 1., die 10 % des Auftragswertes, mindestens aber 10.000 EURO betragen. Dies gilt nicht, wenn und solange der ursprüngliche Auftragswert insgesamt nicht überschritten wird. Nachtragsaufträge sind Aufträge, die im Zusammenhang mit dem geschlossenen Vertrag erteilt werden und eine zusätzliche, besondere oder geänderte Vergütung auslösen,	(keine Änderung)
3. über die Anwendung von nicht ohnehin verbindlichen Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen anderer Behörden oder Institutionen für das Vergabewesen, soweit es sich dabei nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung und nicht um Beschaffungsgrundsätze im Sinne des § 14 Abs. 3, Ziffer 5 dieser Zuständigkeitsordnung handelt,	(keine Änderung)
4. der Ausschuss wird über alle Aufträge nach VOB, VOL und VOF über 3.000 EURO zeitnah in Kenntnis gesetzt. Die Information muss folgenden Inhalt haben:	(keine Änderung)
- Datum der Auftragserteilung	
- Firma und Firmensitz	
- Auftragsgegenstand	
- Vorangegangenes Vergabeverfahren (Anzahl der Angebote)	
- Finanzierung (Haushaltsstelle bzw. Wirtschaftsplan)	

- Auftragssumme.	
§ 10 Finanz- und Liegenschaftsausschuss	§ 10 Finanz- und Liegenschaftsausschuss
(1) Der Finanzausschuss nimmt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 Eig VO sowie nach Maßgabe der Betriebssatzung und der nachfolgenden Absätze die Aufgaben des Werksausschusses wahr.	(1) (keine Änderung)
(2) Der Ausschuss berät 1. die durch die GO NW zugewiesenen Aufgaben, soweit diese Aufgaben nicht einem Fachausschuss in seiner Funktion als Werksausschuss für eine städtische Einrichtung übertragen sind, 2. Anträge und Vorlagen sowie ortsrechtliche Regelungen mit finanziellen Auswirkungen, über die der Rat entscheidet, soweit diese Aufgaben nicht einem Fachausschuss in seiner Funktion als Werksausschuss für eine städtische Einrichtung übertragen sind.	(2) Der Ausschuss berät 1. die durch die GO <u>NRW</u> zugewiesenen Aufgaben, soweit diese Aufgaben nicht einem Fachausschuss in seiner Funktion als Werksausschuss für eine städtische Einrichtung übertragen sind, 2. Anträge und Vorlagen sowie ortsrechtliche Regelungen mit finanziellen Auswirkungen, über die der Rat entscheidet, soweit diese Aufgaben nicht einem Fachausschuss in seiner Funktion als Werksausschuss für eine städtische Einrichtung übertragen sind.
(3) Der Ausschuss entscheidet über 1. Angelegenheiten des sozialen Wohnungsbaus, 2. die Vermietung und Verpachtung städtischen Grundbesitzes sowie die Anmietung und Anpachtung fremden Grund-	(3) (keine Änderung)

<p>besitzes, sofern der jährliche Miet- oder Pachtpreis 10.000,00 EURO / 20.000,00 DM übersteigt,</p> <p>3. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten über 25.000,00 EURO/50.000,00 DM) einschließlich Nebenleistungen,</p> <p>4. Hochbaumaßnahmen einschließlich der an Schulen, soweit der Auftragswert 100.000,00 EURO/200.000,00 DM übersteigt,</p> <p>5. die Durchführung von Wettbewerben bei Hochbaumaßnahmen bei einer Honorarhöhe über 25.000,00 EURO/50.000,00 DM).</p>	
<p>6. den Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 11 Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</p>
<p>(1) Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nimmt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 Eig VO sowie nach Maßgabe der Betriebsatzung und der nachfolgenden Absätze die Aufgaben des Werksausschusses wahr.</p>	<p>§ 11 Absatz 1 wird ersatzlos gestrichen.</p>
<p>(2) Der Ausschuss berät grundsätzliche Angelegenheiten der Aufgabenbereiche Bildung, Kultur, Schule und Sport.</p>	<p>§ 11 Absatz 2 wird §11 Absatz 1.</p>

<p>(3) Der Ausschuss entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Ausübung des Vorschlagsrechts gemäß § 21 a Schulverwaltungsgesetz, 2. die Ehrung von Personen durch Verleihung der Ehrennadel für besondere Verdienste auf dem Gebiet des Sports, 3. die Grundsätze der Förderung der Aufgabenbereiche im Rahmen der jeweiligen Haushaltsmittel, 4. die Grundsätze, nach denen städtische Sportanlagen den Sportvereinigungen oder Schulräume Fremdnutzerinnen/Fremdnutzern zur Verfügung gestellt werden. 	<p>§ 11 Absatz 3 wird §11 Absatz 2</p>
<p>§ 12 Jugendhilfeausschuss</p>	<p>§ 12 Jugendhilfeausschuss</p>
<p>Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Aufgaben der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie nach der Satzung des Jugendamtes der Stadt Bergisch Gladbach wahr.</p>	<p>(keine Änderung)</p>
<p>§ 12 a Sozialausschuss</p>	<p>§ 12 a Sozialausschuss</p>
<p>Der Sozialausschuss berät und entscheidet über alle sozialen Angelegenheiten, insbesondere nach dem Sozialgesetzbuch, soweit nicht durch gesetzliche Regelungen oder Ortsrecht eine andere Zuständigkeit gegeben ist.</p>	<p>(keine Änderung)</p>

§ 13 Planungsausschuss	§ 13 Planungsausschuss
<p>(1) Der Ausschuss berät alle städtebaulichen Planungen und Maßnahmen mit Ausnahme der Stadtentwicklungsplanungen.</p> <p>(2) Der Ausschuss entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. verfahrensleitende Planungsschritte (Beschlüsse) in Bauleitverfahren (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne), 2. die Festsetzung der Planungsentschädigung nach den §§ 40 ff. BauGB, 3. die Erteilung einer Ausnahme von der Veränderungssperre nach § 14 Abs. 2 BauGB, 4. die Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung nach § 33 BauGB, 5. Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege (Eintragung in die Denkmalliste und Verfahren), 6. die Stellungnahme der Gemeinde zu Enteignungsmaßnahmen Dritter nach § 105 BauGB. 	<p>(1) (keine Änderung)</p> <p>(2) (keine Änderung)</p>
§ 14 Ausschuss für Umwelt , Infrastruktur- und Verkehr	§ 14 Ausschuss für Umwelt , Infrastruktur- und Verkehr
<p>(1) Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“, „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“, „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ und „Verkehrsflächen Bergisch Gladbach“ in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 Eig VO sowie nach Maßgabe der Betriebssatzungen und der nachfolgenden Absätze die Aufgaben des Werksausschusses wahr.</p>	<p>(1) Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ <u>und</u> „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach [gestrichen: „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ und „Verkehrsflächen Bergisch Gladbach“] in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 Eig VO sowie nach Maßgabe der Betriebssatzungen und der nachfolgenden Absätze die Aufgaben des Werksausschusses wahr.</p>

<p>(2) Der Ausschuss berät Fachbeiträge gesamt-konzeptioneller Art, die sich gesamtstädtisch - also ohne Bezug auf konkrete Baumaßnahmen oder Bauleitplanungen - mit dem Bestand und der Entwicklung von Flora und Fauna oder Wirkungen von Luft, Immissionen, Grundwasser, des Bodens und des Stadtklimas auf Menschen, Tiere und Pflanzen beschäftigen.</p>	<p>(2) (keine Änderung)</p>
<p>(3) Der Ausschuss entscheidet über:</p>	<p>(3)</p>
<p>1. die Verwendung der Ausgleichszahlungen aus der Baumschutzsatzung, wenn die zu fördernde Einzelmaßnahme einen Auftragswert von 2.500,00 EURO/5.000,00 DM überschreitet,</p>	<p>1. (keine Änderung)</p>
<p>2. Stellungnahmen der Stadt, die von anderen Behörden oder Körperschaften im Rahmen von förmlichen Verwaltungsverfahren zu Unterschutzstellungen, Landschaftsplänen und diesen vergleichbaren Maßnahmen oder Planungen angefordert oder die bei einer geplanten Änderung oder Aufhebung von Landschafts- oder Naturschutzgebieten abgegeben werden,</p>	<p>2. (keine Änderung)</p>
<p>3. Maßnahmen der Stadt, die Freiräume oder unter Schutz gestellte Flächen für eine bauliche oder dieser vergleichbare Nutzung dauerhaft in Anspruch nehmen. Freiräume sind Flächen, die zum Zeitpunkt der beabsichtigten Maßnahme nicht einer baulichen oder dieser vergleichbaren Nutzung unterzogen oder rechtlich zugänglich sind,</p>	<p>3. (keine Änderung)</p>
<p>4 Maßnahmen der Stadt, die der Verbesserung, Erhaltung oder Unterhaltung von in ihrem Eigentum oder Besitz stehenden und rechtlich oder tatsächlich Natur- und Artenschutz bestimmten Flächen dienen, wenn der Auftragswert</p>	<p>4. (keine Änderung)</p>

2.500,00 EURO/5.000,00 DM) überschreitet,	
5. Grundsätze der Material- und Leistungsbeschaffung durch die Stadt, die eine nachhaltige und umweltschonende Nutzung natürlicher Ressourcen bezwecken,	5. (keine Änderung)
6. Grundsätze der Abfallwirtschaft, der Abwasserentsorgung, der Stadtreinigung, des Fuhrparks, des Bestattungswesens und der Grünflächenbewirtschaftung,	6. (keine Änderung)
7. Tiefbau, Landschafts- und Gewässermaßnahmen, Hochbauvorhaben der Betriebe im Fachbereich Umwelt und Technik sowie Lieferungs- und Leistungsaufträge, wenn deren Auftragswert 100.000,00 EURO/200.000,00 DM überschreitet,	7. (keine Änderung)
8. Abweichend von Ziffer 7 Baumaßnahmen, die den Ablauf oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs beeinflussen, wenn deren Auftragswert 25.000,00 EURO/50.000,00 DM überschreitet,	8. (keine Änderung)
(4) Sehen die in den vorstehenden Absätzen genannten Aufträge wiederkehrende Vergütungen vor, sind die sich aus den jeweiligen Vergabevorschriften ergebenden Wertermittlungsregeln für die Ermittlung des geschätzten Auftragswertes maßgeblich.	(4) (keine Änderung)

§ 15	§ 15
Allgemeine Angelegenheiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters	Allgemeine Angelegenheiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters
(1) Die Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf die Bürgermeisterin/den Bürgermeister übertragen, soweit der Rat sich oder einem Ausschuss nicht für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält.	(1) (keine Änderung)
(2) Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob im Einzelfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt. In Zweifelsfällen holt sie/er die Entscheidung des Hauptausschusses ein.	(2) (keine Änderung)
(3) Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob im Einzelfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt. In Zweifelsfällen holt sie/er die Entscheidung des Hauptausschusses ein.	(3) (keine Änderung)
(4) Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister entscheidet in Fällen, in denen Wertgrenzen die Zuständigkeiten der Ausschüsse festlegen, bis zur Höhe der entsprechenden Wertgrenzen in diesen Fällen.	(4) (keine Änderung)
§ 16	§ 16
Zuständigkeiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters	Zuständigkeiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters
(1) Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister entscheidet über 1. die Aufnahme von Krediten,	(1) (keine Änderung)

2. die Stundung, Niederschlagung und den Erlass von Geldforderungen,	
3. die Durchführung von baulichen Unterhaltungsmaßnahmen und Umbauten an städtischen Liegenschaften im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel,	
4. die Inanspruchnahme von Grundstücken für nichtstädtische Zwecke,	
5. die Verteilung der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel an die entsprechenden Vereine, Verbände, Organisationen oder sonstigen Berechtigten,	
6. die vorläufige Unterschutzstellung nach § 4 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz,	
7. die Zurückstellung von Baugesuchen nach § 15 BauGB,	
8. die Zulässigkeit von Vorhaben in Bereichen, in denen ein Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes besteht, sofern es sich um Vorhaben von städtebaulicher Bedeutung handelt,	
9. die Belegung von städtischen und Sozialwohnungen,	
10. Angelegenheiten der Beamtenversorgung nach § 96 Abs. 4 LBG,	
11. über die Gründe für die Ablehnung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und Ehrenämtern,	

12. den Erlass, die Anordnung und Aufhebung von Viehseuchenverordnungen.	
(2) Zuständigkeiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters ergeben sich weiterhin	(2) Zuständigkeiten der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters ergeben sich weiterhin
in Personalangelegenheiten aus der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach,	(keine Änderung)
in Angelegenheiten des Denkmalschutzes aus der Satzung zur Ausführung des Denkmalschutzes,	(keine Änderung)
in Angelegenheiten der städtischen Feuerwehr gemäß deren Betriebssatzung,	[gestrichen]
in Angelegenheiten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Fachbereich „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ - gemäß deren Betriebssatzung,	(keine Änderung)
in Angelegenheiten, deren Entscheidungen ihr/ihm nach den Betriebssatzungen der städtischen Kultureinrichtungen zugewiesen sind,	[gestrichen]
in Angelegenheiten, deren Entscheidungen ihr/ihm nach den Betriebssatzungen der Einrichtungen der Abfallwirtschaft, der Abwasserwirtschaft, der Stadtreinigung, des Bestattungswesens, der Grünflächen und des Fuhrparks zugewiesen sind, in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe aus der Satzung für das Jugendamt.	in Angelegenheiten, deren Entscheidungen ihr/ihm nach den <u>[gestrichen : Betriebs-] Satzungen des Abfallwirtschaftsbetriebes und des Abwasserwerkes zugewiesen sind [gestrichen: der Stadtreinigung, des Bestattungswesens, der Grünflächen und des Fuhrparks]</u> , in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe aus der Satzung für das Jugendamt

§ 17	§ 17
Zuständigkeiten bei der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben	Zuständigkeiten bei der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben
(1) Die Stadtkämmererin/dem Stadtkämmerer wird die Entscheidung über die Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 25.000,00 EURO /50.000,00 DM), höchstens 40% des jeweiligen Haushaltsansatzes, mindestens 5.000,00 EURO/10.000,00 DM, unabhängig von der Höhe des Ansatzes übertragen.	(1) (keine Änderung)
(2) Von dieser Regelung sind über- und außerplanmäßige Ausgaben ausgenommen,	(2) (keine Änderung)
a) die sich aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen ergeben, auf die ein Rechtsanspruch besteht,	
b) die sich aus der Natur der Sache in Einnahme und Ausgabe ausgleichen und damit den Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach nicht direkt finanziell belasten oder	
c) deren Deckung durch die Inanspruchnahme der Deckungsreserve gewährleistet ist.	
In diesen Fällen entscheidet die Stadtkämmererin/der Stadtkämmerer unbegrenzt.	
§ 18	§ 18
Inkrafttreten	Inkrafttreten

Diese Zuständigkeitsordnung tritt am 1.10.1999 in Kraft.	Der VI. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach tritt am 01.01.2008 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Zuständigkeitsordnung vom 30.08.1994 in der Fassung des III. Nachtrags vom 12.03.1998 außer Kraft.	
Der I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am 04.07.2001 in Kraft.	
Der II. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am 11.04.2003 in Kraft.	
Der III. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am 14.11.2003 in Kraft.	
Der IV. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am 15.10.2004 in Kraft.	
Der V. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am 27.10.2006 in Kraft.	